

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Restzeile 45 Pfg. Bei teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gesetzl. Eintr. ab. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vierzehnung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 64

Altensteig, Dienstag den 18. März 1930

53. Jahrgang

Finanzsanierung und Finanzreform

Hamburg, 17. März. Der Ostasiatische Verein Hamburg-Bremen, der am Freitag auf sein 30jähriges Bestehen zurückblicken konnte, veranstaltete Samstag abend sein traditionell gewordenes ostasiatisches Liebesmahl, zu dem sich auch in diesem Jahre wieder rund 300 alte und junge Ostasiaten mit ihren zahlreichen Gästen im Uhlenhorster Fährhaus versammelten. Neben Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums erschienen, auch Generaldirektor Dr. Dorpmüller, der Erbauer der Tientsin-Pukow-Bahn, nahm an der Veranstaltung teil.

Der Vorsitzende des Vereins, March, teilte in seiner Begrüßungsrede mit, daß der Verein einstimmig beschlossen habe, den leider durch Krankheit verhinderten Dr. Solf zur Ehrung der großen Verdienste, die er sich in schwerster Zeit als deutscher Botschafter in Japan um die Neugestaltung, Förderung und Vertiefung deutsch-japanischer Beziehungen erworben hat, zu seinem ersten Ehrenmitglied zu ernennen.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer nahm auf dieser Veranstaltung zu einer programmatischen Erklärung über die derzeitige Finanzpolitik das Wort und führte u. a. aus: Im Haushalt für 1930, der zurzeit dem Reichsrat vorliegt, sei ernstlich versucht worden, die Ausgaben, soweit es überhaupt bei der Zwangsläufigkeit des größten Teiles der Ausgaben im Augenblick möglich sei, zu senken. Er bereite ein

Ausgabenentzugsgesetz vor, das auf allen Gebieten, wo Ersparnisse möglich erscheinen, solche vorsehen soll. Auch die Länder und Gemeinden müßten vor dieselbe Aufgabe gestellt werden. Bereits das Finanzprogramm vom Dezember vergangenen Jahres sah eine Aufsicht über die Finanzgebarung der Gemeinden und Gemeindeverbände vor. Es sei ausgeschlossen, daß jetzt nach Annahme des Youngplanes jede Gemeinde für sich an den Geldmarkt des In- und Auslandes herangehe. Diese Fragen könnten nur im Zusammenhang behandelt und so gelöst werden, daß weder die einzelne Gemeinde, noch die Gesamtheit Schaden erleide. Unter den Ausgaben des Reiches, so führte der Minister weiter aus, spielen die für die

Arbeitslosenversicherung eine außerordentliche Rolle. Die großen Vorküsse in den vergangenen Jahren sind der letzte Grund für unsere zerrissenen Finanzverhältnisse. Das Reich hat aus den Ueberküssen früherer Jahre Reichsbahnvorzugsaktien gekauft. Diese sollen in Höhe von 150 Millionen Reichsmark dazu benutzt werden, um den Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung zu decken. Dazu kommt ein Restposten von 50 Mil-

lionen Mark, der aus dem Aufbringungsgehalt der Industriebelastung sich ergibt, und ein Opfer des Bestandes darstellt. Sollte damit noch nicht der volle Aufwand gedeckt werden, so soll die Reichsanstalt das Recht haben, eine Beitragserhöhung bis zu einem halben Prozent mit Zustimmung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorzuschlagen und, wenn ein solcher Beschluß nicht zustandekommt, die Reichsregierung selbst in der Lage sein, diese Erhöhung vorzunehmen. Es findet zurzeit eine Prüfung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch den Reichsparlamentarier statt. Es ist dem Vorstand der Reichsanstalt aufgegeben, auch Vorschläge über eine anderweitige Festsetzung der Leistungen zu machen. Ich selbst bin der Überzeugung, daß die heutige Organisation nicht unwesentliche Fehler hat. Ich glaube, daß wir vor der Notwendigkeit eines organisierten Umbaus stehen, und habe nach dieser Richtung positive Vorschläge gemacht. Der Minister bezeichnete für den ersten Augenblick die Möglichkeiten der Ausgabeenkürzung als eng begrenzt, wenn man einmal vom populären Schlagwort zur praktischen Durchführung schreite. Größere Ersparnisse könnten nicht durch plötzliche Maßnahmen gemacht werden, sondern durch eine auf mehrere Jahre sich erstreckende planmäßige Gesetzgebung. Wenn deshalb die Frage der

Sanierung der Kasse ernst genommen werden sollte, müßten neue Mittel zur Tilgung der schwebenden Schuld und zur Ausgleichung des Haushalts bereitgestellt werden. Die Sanierung der Kasse werde eine Entlastung für die Wirtschaft bedeuten. Drüde die öffentliche Hand an den Ultimotagen nicht mehr in so starkem Maße auf den Geldmarkt, so werde dieser für die Wirtschaft entlastet. Die Notwendigkeit der Kassenanierung mache eine Steuerentlastung in diesem Jahre unmöglich. Aber sie gebe den Weg frei für eine Senkung in nächsten Jahre, die die Reichsteuern und die Einkommensteuer in erster Linie treffen müsse. Die Reichsregierung habe vorzuziehen, daß 1931 die Steuern mindestens um den Betrag von 600 Millionen senkt werden sollten. Geschenktwürfe seien eingebracht oder in Vorbereitung, die schon jetzt eine Senkung festlegen. Die Reichsregierung erachte diese Maßnahmen als unbedingt notwendig. Sie wisse, daß die überaus schwere Lage der Wirtschaft einer Entlastung bedürfe, und sie würde verantwortungslos handeln, wenn sie nicht alle Kräfte anspannte, über die Sanierung der Kasse hinweg

zu einer wesentlichen Verringerung der auf der Wirtschaft ruhenden Steuerlast zu gelangen. Das Fundament für eine Neugestaltung der Finanzen sei gelegt in den Gesetzen, die der Reichsrat verabschiedet habe. Auf diesen Fundamenten heiße es aufbauen.

Kurze Uebersicht

Reichspräsident von Hindenburg hat mit den zuständigen Ministern über das Polenabkommen verhandelt, aber über die Verkündigung des Gesetzes noch keine Entscheidung getroffen.

Der Reichstag beriet u. a. das Ministerpensionengesetz und behandelte kleinere Vorlagen.

Bei den Finanzbesprechungen gen der Parteiführer stand die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund.

Durch die Besprechungen Tardeus in London sind die Konferenzverhandlungen wieder in Fluß gekommen.

Die Leiche des spanischen Diktators Primo de Rivera wird von Paris nach Spanien übergeführt und mit militärischen Ehren beigesetzt.

In England fanden am Sonntag Wittgottesdienste für die verfolgten Christen in Rußland statt.

Die Urheber der neuen Bombenanschläge in Schleswig sollen nach Dänemark geflüchtet sein.

Nach einer noch unbestätigten Warschauer Meldung soll der deutsch-polnische Handelsvertrag dort paraphiert worden sein.

Westpreußen auf 43, für die Provinz Ostpreußen auf 63, für die Provinz Pommern auf 62. Ein weiterer Vergleich mit dem übrigen Deutschen Reich lehrt, daß Ostpreußen 6 Prozent mehr Menschen unter 15 Jahren und über 60 Jahren, also im noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Alter aufweist, als der Reichsdurchschnitt, dagegen 6 Proz. weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 18 Jahren. Dazu kommt, daß die Geburtenhäufigkeit in den deutschen Ostgebieten außerordentlich niedrig ist.

Die deutsche Reichsregierung und das Land Preußen haben daher nicht nur aus wirtschafts-, sondern auch aus nationalpolitischen Erwägungen den Ostprovinzen in den letzten Jahren besondere finanzielle Zuwendungen zukommen lassen, um den Strom der aus wirtschaftlicher Gründen Abwandernden nach Möglichkeit einzudämmen. Im Reichshaushalt für das Jahr 1930 ist abermals eine Summe von 22 Millionen zur Behebung der Notlage in den Ostprovinzen eingestellt worden. Neue Kunststraßen und Verbindungswege sollen geschaffen werden, das Eisenbahnnetz soll erweitert, die Wasserstraßen ausgebaut werden. Reichs- und Staatsaufträge sollen den Ostprovinzen in der nächsten Nähe zufließen, die Rentabilität der Landwirtschaft soll durch Miliorationen gehoben werden, die Frachttarife, die gegenüber dem Reichsdurchschnitt ohnedies bereits verbilligt sind, sollen weiterhin herabgesetzt werden, und sollen die Ostprovinzen beim Finanzausgleich und bei der Steuerbelastung besondere Berücksichtigung finden. Leider schreitet angesichts der allgemeinen Finanznot des Reiches die Befriedung des Ostens nur langsam fort.

Zerstörung eines Flughafens?

Unberechtigte Forderungen der französischen Besatzungsbehörden

Ludwigshafen a. Rh., 17. März. Nach einer Mitteilung der Gaugruppe Pfalz an den Bayerischen Luftfahrtverein hat das französische Oberkommando angeordnet, daß durch deutsche Hand bis zum 15. April sämtliche Anlagen des Flughafens Lachen-Spegerdorf zu vernichten sind. Der Flughafen, der schon vor dem Kriege bestand und später erweitert worden ist, enthält 20 große Flugzeughallen und verschiedene sonstige Baulichkeiten. Die gesamten Anlagen sollen nach dem Willen des französischen Militärkommandos der Zerstörung anheimfallen. (Das wäre eine böse Begleitmusik zur Annahme des Youngplanes. D. Red.)

Es ist, wie wir von ausländischer Seite erfahren, gar nicht einmal notwendig, im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit auf den Youngplan zu verweisen. Wir hätten auch ohne den Youngplan einen klaren Rechtsanspruch auf Erhaltung der Anlagen. In dem Schreiben des französischen Oberkommandierenden wird gesagt, daß die Flugbahnen zu zerstören und der Erlös aus dem dabei gewonnenen Material dem französischen Schatzamt zu überweisen sei. General Guillaumat beruft sich dabei auf die Bestimmungen der Rheinlandkommission aus dem Jahre 1920. Inzwischen sind aber neue Vereinbarungen in Kraft getreten, die die Rechtslage entscheidend verändert haben. Seit 1923 ist von der Besatzungskommission festgelegt, daß, wenn Anlagen zu zerstören sind, die Besatzungskommission vom Augenblick des Absenkens der rote ab es uns überläßt das zerstörte Material zu verwenden, daß sie also darauf verzichtet, den Erlös für das verkaufte zerstörte Material für sich in Anspruch zu nehmen. Die Forderung wäre also schon deshalb hinfällig geworden, daß eine weitgehende Vereinbarung getroffen worden ist über die

Die Wirtschaftsnot des deutschen Ostens

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschädigtenverbände in Berlin hat einen Kongreß abgehalten und die Forderung aufgestellt, daß nach der Fortsetzung der Erfüllungspolitik nach außen endlich auch einmal die Erfüllungspolitik nach innen kommen müsse. In der Aussprache kam u. a. auch Dr. Lüdtke vom Präsidium des Deutschen Ostbundes zum Wort. Er stellte fest, daß die westdeutsche Industrie für die im Ruhrkampf erlittenen Schäden reichlich entschädigt worden sei. Die Ostdeutschen wollten ihren westdeutschen Landsleuten diese reichliche Abfindung nicht neiden, sie hätten aber gleichfalls um gerechte Beurteilung und Berücksichtigung ihrer Forderungen. In der Ostmark vollziehe sich ein wirtschaftliches Sterben, dem aus nationalpolitischen Gründen mit größter Beschleunigung Einhalt geboten werden müsse. Vor den unerträglichen Zuständen stehen — wie der Redner des Deutschen Ostbundes ausführte — Landwirte, ländliche Tagelöhner und Gewerbetreibende in die großen Städte Mittel- und Westdeutschlands. Man habe vom deutschen Volke gesagt, es sei „ein Volk ohne Raum“. Jetzt müsse man von der deutschen Ostmark sagen, sie sei „ein Raum ohne Volk“. Jenseits der Grenze, auf polnischem Gebiete, sei die Bevölkerungsdichte viel größer als diesseits der Grenze. Es könne gar nicht ausbleiben, daß im Laufe der Jahrzehnte eine polnische Einwanderung in die deutsche Grenzmark einsetze, und daß es uns immer schwerer fallen werde, die Ostmark politisch zu behaupten. Das Reich und der preussische Staat haben auch im Haushaltsplan des nächsten Rechnungsjahres gewisse Beträge für die Ostgebiete ausgeworfen. Diese Summen seien jedoch nicht ausreichend, um das Elend wirklich einzudämmen und die wirtschaftlichen

Möglichkeiten jene Gebiete nennenswert zu stärken. Opfert für die Grenzmark verfehlen ihren Zweck, wenn sie nicht genügend hoch bemessen werden.

Die Wirtschaftsnot der deutschen Ostmark ist eine doppelte Not: eine spezifisch ostdeutsche und außerdem eine allgemein-agrarische. Die besondere Wirtschaftsnot der deutschen Ostmark wird erst dann endgültig beseitigt werden können, wenn die Grenzziehung im Osten revidiert sein wird. Die landwirtschaftliche Not muß bereits in den nächsten Wochen wenigstens entscheidend gemildert werden, wenn nicht unreparierbarer Schaden entstehen soll. Diesen Zweck dient die Aktion, welche die landwirtschaftlichen Spitzenorgane — die sogenannten „Grüne Front“ — eingeleitet haben. Von dem umfangreichen Programm der Grünen Front sind nur die Aktionen Roggen, Futtergerst und Mais übrig geblieben.

Von 1910 bis zur Volkszählung im Jahre 1925 sind aus der Provinz Ostpreußen nicht weniger als 112 000 Personen abgewandert, aus Oberschlesien rund 38 000 Menschen, aus der Grenzmark Polen-Westpreußen rund 9000. Auch in dem letzten Jahre ist die Abwanderungsbewegung nicht zum Stillstand gekommen. So wanderten beispielsweise im ersten Halbjahre 1929 aus Ostpreußen rund 12 000 Personen aus. Der Hauptstrom der Abwandernden fließt nach dem Westen, nach Rheinland-Westfalen und nach Berlin. Die ständige Abwanderung aus dem Osten hat zu einer fortschreitenden Entvölkerung der dortigen Provinzen geführt. Während im Reichsdurchschnitt die Bevölkerung 1925 134 Einwohner und für Preußen 131 je Quadratkilometer betrug, belaufen sich die entsprechenden Zahlen für die Grenzmark Polen-

Regelung der Frage der Verwendung militärischer Gebäude in ganz Deutschland, also auch für das besetzte Gebiet. Die jetzt noch bestehenden Anlagen sollen zunächst von uns einer zivilen Verwendung zugeführt werden. Erst wenn dies bis Ende 1933 nicht gelungen ist, würde eine Veräußerung in Frage kommen. In dem Moment der Freigabe gehen die Anlagen in den Besitz des Reichsfinanzministeriums über, das die nötigen Maßnahmen zu treffen hat.

Dr. Held kritisiert

München, 17. März. Im Laufe einer von der Bayerischen Volkspartei einberufenen Versammlung kritisierte Ministerpräsident Dr. Held in scharfen Worten die Finanzwirtschaft in Deutschland und betonte, die Bayerische Volkspartei werde den Kampf um die Gesundung der Finanzen nicht aufgeben. Schon heute ist, daß der Vorkriegsplan und seine Entscheidungen viel weniger Schwierigkeiten machten als die Finanzsanierungsmaßnahmen, die die Fortsetzung der Bayerischen Volkspartei anerkannt werden. Bayern wolle keine Reserve, es wolle aber auch keine Ausbeutungspolizei sein. Die Biersteuer solle nach dem Aufkommen verteilt werden. Auch bei der Einkommensteuer müßte Bayern bessere Berücksichtigung finden für den Redner gebe es keinen Zweifel, daß die Einheitssteuer den Augenblick für gekommen biete, eine Reihe von Ländern zu erschaffen. Er erklärte ferner, Bayern habe den absoluten Willen, an Leben zu bleiben, und lasse sich von niemand rauben. Jeder der ohne Verständnis und ohne historisches Wissen dazu überreden wolle, die Eigenständigkeit der Länder aufzugeben, sei ein Feind. Bayern und die Bayerische Volkspartei seien die letzte Kraft ein und erfüllten damit eine eminente deutsche Aufgabe. Notwendig wäre, wie Reichspräsident von Hindenburg in seinem Manifest ausdrückte, eine einheitsliche Zusammenarbeit aller Deutschen und kein Zerstückelungswert. Ministerpräsident Dr. Held schloß seine Rede mit einem dreifachen Hoch auf den Reichspräsidenten.

Primo de Riveras Lebensgang

Primo de Rivera wurde 1871 als Sohn des Marschalls gleichen Namens geboren. Auch der Sohn hat eine rasche militärische Laufbahn hinter sich gebracht. Von 1917 bis 1921 war er Senator und vertrat damals den Standpunkt der Aufhebung Karollos. Gleichzeitig war er einer der Führer der Offiziers-Junker, die seit 1917 wieder beginnen, wie schon früher, eine Rolle in der spanischen Geschichte zu spielen. Er war zuletzt Generalkapitän in Barcelona, als er Mitte September 1923 an die Spitze der Militärrevolution, die nach dem Ruker Mussolinis die bestehende parlamentarische Regierung verjagte und eine Militärregierung einsetzte mit der Absicht, dem durch die parlamentarischen Mißbräuche mitgenommenen Lande wieder aufwärts zu helfen. Inwieweit Primo mit diesem Programm hat durchbringen können, ist bestritten. Dagegen hat er sich infolge des Auftretens von Abd el Krim gezwungen gesehen, den Karolloskrieg nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, abzubrechen, sondern zusammen mit den Franzosen kräftiger als je zu führen und dort im Sommer 1925 sogar selbst den Oberbefehl zu übernehmen. Er erzielte dabei, namentlich durch die Einnahme von Abir Anfangs Oktober 1925, einen gewissen Erfolg, der ihm den Titel eines Herzogs von Sidir einbrachte, aber den Krieg immer noch nicht völlig beendete. Jedenfalls aber schloß Primo daraufhin sicherer im Besitz der Gewalt als je. Er erließ eine Reihe von Gesetzen mit autoritärem Charakter. Anfang Dezember 1925 bildete er das aus Generalen bestehende Direktorium in ein Kabinett um, in dem er selbst den Vorsitz führte; neben zwei Finanzministern für Arme und Marine übernahm fünf Zivilpersonen die übrigen Portefeuilles. Unter diesen befand sich keiner der früheren Politiker. Das Parlament blieb weiter ausgeschaltet, die Verfassung suspendiert. Primo erklärte, mit dieser Zivilregierung noch etwa drei Jahre regieren zu wollen, d. h. bis normale Zustände eingetreten seien. Im Jahre 1926 kam es zu einer Krise der Diktatur, da das Offizierskorps der Artillerie in Gegensatz zu ihm trat. Primo blieb jedoch Herr der Lage, da die übrigen Teile der Armee ihm treu blieben. Im Frühjahr 1928 ließ es

zum erstenmal, Primo sei amtsüchtig. Nachdem im September 1928 eine neue Militärrevolte ausgedeckt wurde, kam es Anfangs Februar 1929 in mehreren spanischen Städten zu einer Revolte gegen die Diktatur, die diesmal von der alten konservativen Partei unter Führung von Sanchez Guerra ausging. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Nachdem Primo mit seinem Rücktritt gedroht hatte, gab ihm der König neue diktatorische Vollmachten. Durch königlichen Erlass wurde die Artillerie-Schule von Segovia aufgelöst. Nach wiederholten Rücktrittsangeboten erfolgte der endgültige Rücktritt Primos zu Anfang dieses Jahres.

Neues vom Tage

Die Besprechung beim Reichspräsidenten

Berlin, 17. März. Der Herr Reichspräsident nahm am Montag den Vortrag des Reichskanzlers Müller und des Reichsjustizministers von Gueraud über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen entgegen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Zoel, Zweigert und Dr. Reichner sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Gaus. Eine Entscheidung über die Verknüpfung des Gesetzes hat der Herr Reichspräsident noch nicht getroffen.

Auf der Spur der Bombenleger

Berlin, 17. März. Nach den Ermittlungen der Allonaer Kriminalpolizei ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die beiden Bombenanschläge in Bad Odesloe und Keimniet von afghanischen Tätern in der Nacht zum Samstag verübt worden sind. Als Täter kommen nach Ansicht der Polizei zwei flechtlich gekleidete Personen, der Student der Landwirtschaft Rutzmann und der Elektrotechniker Kapdenk in Frage, die seit langem in dem Bereich leben, seinerzeit auch das Attentat auf das Reichstagsgebäude verübt zu haben.

Ein merkwürdiger Diebstahl

Berlin, 17. März. Der Potsdamer Regierungspräsident Dr. Romm, in dessen Hause sich Bilderdiebstähle ereignet haben, hat, wie die „B. Z.“ berichtet, sein Abschiedsgesuch eingereicht. Damit dürfte der Weg für die weitere Untersuchung der Diebstahlsangelegenheit ebener sein. Inzwischen ist eines der Bilder wieder aufgefunden, das man seit dem letzten Diebstahl vermisse. — In Sachen des Diebstahls im Potsdamer Regierungspräsidium wird soeben bekannt, daß Frau Regierungspräsidentin Romm nach einem erneuten Verhör durch den Kriminalkommissar Kallow ein volles Geständnis abgelegt hat.

Die Einbrüche im Potsdamer Regierungspräsidium

Berlin, 17. März. Der Fall der Gattin des bisherigen Regierungspräsidenten Romm wird noch die Potsdamer Gerichte beschäftigen. Es hat sich herausgestellt, daß Frau Romm dreimal Schadenersatzsprüche an die Badener-Münchener Feuerversicherung gestellt und dreimal Beträge erhalten hat, die zusammen 6000 Mk. ausmachen. In drei Fällen hat Frau Romm durch Vorpiegelung falscher Tatsachen die Versicherung getäuscht und somit einen Betrag verübt. Das Verfahren, das gegen sie eröffnet worden ist, lautet auch auf Betrug, doch dürfte es fraglich sein, ob der Prozeß zur Durchführung gelangen wird, denn die Untersuchungsbehörden haben beschlossen, zunächst dafür zu sorgen, daß Frau Romm in einer Heilanstalt auf ihren Geisteszustand geprüft wird. Man hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, da für Frau Romm auch nicht der geringste Grund vorlag, sich auf derartige Abenteuer einzulassen. Die Gattin des Regierungspräsidenten verfügt über ein selbst heute noch sehr ansehnliches Vermögen und der Regierungspräsident, der selbst wohlhabend ist, hatte ein Einkommen von 36 000 Mk. und lebte in vollkommen geordneten Verhältnissen.

Schweres Lawinenunglück

München, 17. März. Von einer niedergehenden Lawine sind gestern im unteren Teil des Bergadener Tales am sogenannten Hinterberg vier Skifahrer, zwei Damen und

zwei Herren, verunglückt worden. Die beiden Damen wurden von anderen Skifahrern sofort geborgen. Sie waren noch am Leben. Der Ingenieur Ludwig Karz aus Bad Dürkheim, wohnhaft in Pegnitz bei Berlin, war bei seiner Auffindung bereits tot. Der andere Skifahrer, Ingenieur Wilhelm Heidt, Chemiker aus Dursach bei Karlsruhe, konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

Deutscher Reichstag

Kleine Vorlagen

Berlin, den 17. März.

Die Montagssitzung des Reichstages war von kurzer Dauer. Ohne Aussprache wurde die dritte Beratung des Reichsmittelstufen-Gesetzes erledigt. Die in der zweiten Beratung beschlossene Fassung des Gesetzes wurde bestätigt, die Schlussabstimmung wurde allerdings auf Dienstag vertagt.

Das Gesetz über Reichszuschüsse für Landarbeiter-Erdlohnungen wurde nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Beratung angenommen, dazu eine vom Ausschuss beantragte Schlichtung, wonach die Tilgungsrücklage vor den Eigenheimdarlehen allgemein 30 Jahre betragen soll.

Dem sozialpolitischen Ausschuss wurde der Gesetzentwurf über den Ausbau der Unfallversicherung überwiehen. Er will die Selbstverwaltung ausbauen und die Leistungen in einigen Punkten verbessern. So sollen nach der Vorlage auch geschiedene Ehefrauen von Versicherten und die vom Versicherten unterhaltenen Eltern und Großeltern Renten erhalten.

Auf der Tagesordnung der Dienstagssitzung, die um 3 Uhr beginnt, stehen nur die Abstimmungen zum Republikstiftungsgesetz. Präsident Lohde hatte vorgeschlagen, auch die erste Beratung der vom Reichsrat verabschiedeten Zoll- und Steuervorlagen am Dienstag vorzunehmen, damit diese Vorlagen an den künftigen Tagen am Donnerstag und Freitag im Ausschuss beraten werden könnten. Da aber die Beratungsvorlagen erst heute dem Reichstag zugegangen sind, und die Geschäftsordnung einstimmig freigegeben ist, wird die erste Beratung der Vorlagen des Reichstages am Donnerstag stattfinden, scheidete der Reichstag des Reichstages an dem Widerpruch der Kommunisten.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. März 1930.

Die Bewegung der Bevölkerung in Württemberg. Im dritten Vierteljahr 1929 hat in Württemberg die Zahl der Eheschließungen um 395 zugenommen und betrug 5947 gegen 5552 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen blieb sie gegenüber dem zweiten Quartal um 890 zurück. Die Zahl der Lebendgeborenen, 5849 Knaben und 5490 Mädchen, zusammen 11 339, erreichte diejenige des dritten Vierteljahres 1928 nicht ganz (minus 127). Noch größer ist der Abstand gegenüber dem Vorquartal 1929 mit 12 399 Lebendgeborenen. Die Zahl der Gestorbenen weist eine Senkung auf. Im dritten Quartal 1929 starben 6821 Personen gegen 6899 im gleichen Quartal des Vorjahres und 7949 im Vorquartal. Auch die Säuglingssterblichkeit hat weiter abgenommen. Im 1. Lebensjahr sind gestorben im dritten Vierteljahr 1929 712 = 6,3 Prozent der Lebendgeborenen, im dritten Vierteljahr 1928 waren es 6,8 Prozent und im zweiten Vierteljahr 1929 6,9 Prozent der Lebendgeborenen. Der Geborenenüberschuß mit 4518 ist gegenüber dem dritten Vierteljahr 1928 um 49 gesunken, gegenüber dem Vorquartal 1929 um 68 gestiegen.

Die Versammlung der Körperkassenbeamten u. Ortsvorsitzendervereinigung u. des Gemeindefachvereins Nagold war am letzten Samstag im „Taubenjaal“ in Nagold äußerst zufriedenstellend besetzt. Stadtschultheiß Maier-Nagold, der die Versammlung leitete, begrüßte die Gäste: Landrat Baittinger, Referendar Maier, Oekonomierat Häder, Obersekretär Böhlinger, sowie den 1. Vorsitzenden

Spione auf See

Roman von Edwin Demel

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW. 6

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als bald aber konnten wir erkennen, daß die Besatzung des Fahrzeuges nicht dieselbe war, wie zuvor, auch schien mir das Boot selbst ein anderes oder zum mindesten ein sehr ähnliches zu sein.

Es legte bei uns an und der Offizier enterte an Bord, um sich logisch an den Kapitän zu wenden, welchem er einige Schriftstücke überreichte:

„Ich habe Befehl vom Polizeipräsidium“, sagte er, „die Gefangenen in der Sache des Barons Youngland zu übernehmen. Hier sind die Beglaubigungsscheine.“

„Aber“, protestierte der Kapitän, das Bild ratloser Verzweiflung, „die Gefangenen wurden doch vor einer halben Stunde abgeholt und zwar gleichfalls von einem Motorboot mit drei Mann Besatzung, nebst einem Offizier.“

„Wertwüchsig!“ Der Polizeileutnant schüttelte den Kopf. „Das ist ganz unmöglich, denn ich müßte davon wissen. Nur ich und drei oder vier andere höhere Beamte sind von dem Falle unterrichtet worden, ich aber bin allein mit der Regelung der Sache beauftragt. Sie sind einer Misinformation zum Opfer gefallen. Haben Sie sich von diesen falschen Polizisten die Ausweise vorzeigen lassen?“

Der Kapitän schlug sich mit der Faust wütend vor die Stirn:

„Oh, ich Narr! In der Freude, die gefährliche Gesellschaft endlich loszuwerden, vergaß ich ganz auf die aller-einfachsten Maßnahmen zur Sicherstellung meiner Handlungsweise. Ich mußte etwas derartiges fordern! Das Schlimmste an der ganzen Sache aber ist, daß die angehenden Polizisten den Baron samt seiner Tochter mitgenommen haben, um, wie sie sagten, sie als Zeugen vernehmen zu können.“

Der Leutnant wurde sehr ernst und nachdenklich:

„Das ist eine böse Sache, da sind offenbar Kräfte im Spiel, die uns schon sehr lange zu schaffen machen und deren

wir nicht Herr werden können. Sie haben wohl keine Ahnung, ob man hier in Bombay die Vorgänge auf ihrem Schiffe irgendwie erfahren konnte, bevor sie noch landeten?“

Der Kapitän erzählte genau die letzten Vorgänge.

„Da haben wir's“, rief der andere aus. „Verestschegin hat ganz einfach ein ausführliches Telegramm an seine Gesinnungsgenossen hier aufgegeben. Diese haben nämlich eine Zentrale in Bombay. Da gilt es nun schnell zu handeln, denn erstens sind der Baron und seine Tochter ernstlich gefährdet und müssen befreit werden, und zweitens sind die Dokumente ernstlich bedroht.“

„Rein“, fiel ich ihm in die Rede, „diese sind sehr gut aufgehoben, vorläufig wenigstens in Sicherheit.“

Ich teilte ihm, ohne jedoch das Versteck anzugeben, meine letzte Unterredung mit dem Baron mit.

„Gut“, meinte er, „das wäre nun also in Ordnung. Ich lehnte jetzt zurück und erstatte Bericht. Wir werden handeln und zwar schnell.“

Damit empfahl er sich und begab sich in sein Boot, das ihn bald unseren Blicken entzog.

Man kann sich ungeschick denken, wie mir's bei alledem zumute war. Mein Verdacht bewahrheitete sich und ich sah voraus, daß der Baron und seine Tochter in der größten Gefahr schwebten. Aber zu ändern war daran leider nichts, denn in einer Nielsenstadt, wie es Bombay ist, Nachforschungen anzustellen, war für Privatpersonen zwecklos. Hier konnte nur die Polizei helfen, sofern Hilfe überhaupt möglich war. So gerne ich auch selbst an den Nachforschungen teilgenommen hätte, ließ ich das doch nicht machen, denn erstens hinderte mich mein Beruf daran, der mich ans Schiff fesselte, zweitens war unser Aufenthalt in Bombay zu kurz und drittens band mich der Auftrag des Barons in bezug auf die hier gelassenen Dokumente, an das Schiff. So mußte ich schweren Herzens alles dem Zufall und der Polizei überlassen.

Zunächst begab ich mich in die Kajüte des Barons und suchte auf dem angegebenen Ort nach. Es stimmte, denn die Akten lagen hinter der Holzverschalung, die das Bullauge umgab, verborgen. Ich suchte sie herdoor und beschloß, sie an einem Orte aufzuheben, wo man, falls ein solcher Fall eintreten sollte, sie sicher und trotz allen Suchens nicht finden konnte. Ein solches Versteck zu finden, verursachte

mir allerdings einiges Kopfschmerzen, doch hatte ich schließlich Erfolg.

Unter dem Vorwande, die Pflanzenanlage zu besichtigen, kletterte ich in den Maschinenraum hinauf, wo ich mich davon überzeugte, daß das wachhabende Maschinenpersonal momentan auf der Isolierstation beschäftigt war. Dabei schlüpfte ich, nachdem ich mich mit einigen Schraubenschlüsseln versehen hatte, in den Wellentunnel. Hier lockerte ich die Mutter der Sternbüchse, die die Welle gegen die von außen einfließenden Wasser abdichtete. Ich hatte auch Erfolg, denn schon nach kurzer Zeit begann es an ihnen zu tropfen. Daraufhin verdeckte ich die Papiere an einem hierzu geeigneten Plage im Wellentunnel und froh wieder heraus.

Ich wußte genau, daß mich kein Mensch beobachtet hatte. Jetzt galt es, den Ingenieur auf den entstandenen Schaden aufmerksam zu machen. Als er erschien, bat ich ihn, mir einmal die Wellenanlage zu zeigen, was er auch bereitwillig tat. Am Ende des Tunnels angekommen, bemerkte der Ingenieur sofort das entstandene Leck an der Sternbüchse, ohne zu ahnen, daß ich der Urheber davon war. Um das durch das Leck eindringende Wasser vom Maschinenräume abzuhalten, befahl er, die Schotten vor dem Tunnel- eingange zu schließen. Damit aber hatte ich meinen Zweck erreicht, denn die folgerart verlassenen Papiere waren nun besser aufgehoben, als wenn sie sich in dem Tresor einer großen Bank befunden hätten. In wenigen Stunden stand voraussichtlich der Tunnel unter Wasser und machte ein Eindringen in denselben unmöglich. Ueber das Herausholen der Akten machte ich mir vorläufig kein Kopfschmerzen.

Den Rest des Tages brachte ich in einer mich folternden Unruhe ab des Geschehens, welches dem Baron und seiner Tochter drohte, zu. Die Zeit verging unerträglich langsam und brachte keine Aenderung, keine Nachricht. Die Nacht verging, ohne daß ich Schlaf gefunden hätte. Depressierend wirkte besonders das Gefühl, daß eine Hilfe nicht möglich sei, daß ich ferner mit jagen mußte, es sei vielleicht überhaupt schon zu spät, noch etwas zu unternehmen, weil diese Leute, welche den Baron bedrohten, über große Hilfsmittel geboten und auch vor nichts zurückschreckten.

(Fortsetzung folgt.)



des Arbeitsamts, Regierungsrat Dr. Stahlecker und den 2. Vorsitzenden H. Schäfer, aufs herzlichste. H. Schäfer hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Gesetz betr. Arbeitslosen-Versicherung und Arbeitsvermittlung. Die Arbeitslosenversicherung habe die frühere Erwerbslosenfürsorge abgelöst. Das Gesetz gehe vom Versicherungsprinzip aus, während vorher die Fürsorge maßgebend war. Besonders eingehend behandelte H. Schäfer die Pflichtarbeit und die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge, die für die Gemeinden von großer Bedeutung sei. Überall wo es möglich sei, sollte statt Barunterstützung Arbeit gegeben werden. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den zweiten Vortrag hielt Sparfahndirektor Ott-Ragold. Er galt hauptsächlich der neu ins Leben gerufenen öffentlichen Bausparkasse Württembergs. Direktor Ott empfiehlt die neue Bausparkasse zur Benützung. Der Vorsitzende dankte auch diesem Redner für seine wertvollen Ausführungen. Zu dem vielmehrtritten Gesetzentwurf zur Aenderung der Landessteuerordnung und des Gemeindesteuergesetzes hat die Versammlung folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die Vertreter sämtlicher Gemeinden des Oberamtsbezirks Ragold begrüßen den dem Landtag vorgelegten Entwurf des Finanzministeriums betr. die Aenderung der Landessteuerordnung und des Gemeindesteuergesetzes als ersten Schritt zur dringend notwendigen Besserung der finanziellen Lage der Landgemeinden und kleineren Städte und bitten Regierung und Landtag, dem Entwurf zuzustimmen. Die Gemeindevertreter müssen aber gleichzeitig aussprechen, daß diesem ersten Schritt eine weitere Entlastung auf dem Gebiete des Schul- und Straßenwesens folgen muß.“

Mödingen, 18. März. (Kandidatendortstellung.) Von den 22 Bewerbern um die hiesige Ortsvorsteherstelle haben sich am Sonntag 14 der Gemeinde vorgestellt. Schultheiß Hagenlocher gab die Namen der Bewerber bekannt. Es sind u. a. Eugen Kauper, Verw.-Prakt. Ragold; Otto Bareiß, Verw.-Prakt., Maulbronn; Robert Wagner, Verw.-Prakt., Ludwigsburg; Wilhelm Wacker, Schultheißenamts-Assistent, Lustnau; Alfred Stumpf, Obersekretär, Korntal; Otto Alber, Verw.-Prakt., Stuttgart; Karl Knödler, Verw.-Prakt., Urach; Otto Ludwig, Verw.-Prakt., Ragold; Alfred Koch, Verw.-Prakt., Hertenberg; Hermann Bolag, Gemeindepfleger, Birkenfeld; Hans Sautter, Verw.-Prakt., Ludwigsburg; Friedrich Pfeifle, Verw.-Prakt., Igelsberg; Eberhard Zigmann, Obersekretär, Dentendorf.

Unterkunfts- und Verpflegungspreise im schönen Schwabenland

Wiederholt ist nachgewiesen worden, daß die deutschen Kurorte, Bäder, Sommerfrischen und Städte mit den ausländischen wohl konkurrieren können und vielfach billiger sind. Heute verlangt die wirtschaftliche Notlage gebieterisch, daß die Deutschen möglichst ihre Reisen in deutsche Gegenden machen und daß deutsches Geld dadurch der deutschen Wirtschaft erhalten bleibe. Auf Grund einer durch genaue Erhebungen gefertigten Uebersicht kann man in Gutschöfen Württembergs und Hohenzollerns volle Pension (Unterkunft und Verpflegung) haben: Von 3 M und 3.50 M an in 6 Proz. der Gasthöfe, von 4 M an in 19 Proz., von 4.50 M an in 23 Proz., von 5 M an in 20 Proz., von 5.50 M an in 7 Proz. und von 6 M an ebenfalls in 7 Proz. der Gasthöfe, sodas also in mehr als vier Fünfteln der Gasthöfe volle Tagespension in den Preislagen unter und bis 6 M zu bekommen ist. Nur 18 bis 19 Proz. der Gasthöfe mit Häusern, die den größten Ansprüchen genügen, haben Mindestpensionspreise von mehr als 6 M. — Eine Schrift, die gegen 1100 Hotel, Gasthöfe usw. in 270 Orten des Schwabenlandes und Bets-, Pensions- und Wochenpreise verzeichnet, ist kostenlos gegen Portoerlag (5 3 über Antwortpostkarte) erhältlich vom Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart-Hauptbahnhof.

Stuttgart, 17. März. (Der Kampf um die Hybriden.) Bei verschiedenen Amtsgerichten des Landes schweben Prozesse gegen Arbeiter, Bauern und Weingärtner wegen verbotswidrigen Anbaues von Hybridenreben. In vielen Gemeinden sind polizeiliche Anordnungen betr. Vernichtung von solchen Rebanlagen ergangen. Nun hat kürzlich der Finanzausschuß des Landtags einen Beschluß gefaßt, der dahin geht, daß die bisher geplanten Anlagen beseitigt werden sollen. Das Plenum des Landtages dürfte diesen Beschluß in den nächsten Tagen bestätigen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Ulrich-Heilbronn hat dazu nun im Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die ergangenen Anordnungen betr. Vernichtung der seit 1927 verbotswidrig angebauten Hybridenreben zurückzuziehen und die hierwegen gegen Grundstücks-eigentümer eingeleiteten Strafverfahren einzustellen.“

Der Redarkanalbau. In einer Vorstandssitzung des südwestdeutschen Kanalvereins, der auch Staatspräsident Dr. Wolf bewohnte, betonte der Vorsitzende, Dr. Bruchmann, das Bestreben des südwestdeutschen Kanalvereins sei hauptsächlich darauf gerichtet, daß sich der Ausbau des Redarkanals trotz der wirtschaftlichen Räte nach den vorliegenden Baugesetzen vollziehe. Die Planbearbeitung des Kanals in Heilbronn, die Rücksichten auf den Städtebau und die wirtschaftlichen Unternehmungen stellen neue Aufgaben. Im Rai fine in Stuttgart der Binnenschiffahrtstag statt, von dem eine neue Förderung des Redarkanalbaues erwartet werde. Reichstagsabgeordneter Dr. Wieland teilte mit, daß in den Reichsstaten wie im Vorjahr für den Redarkanal wieder 4 040 000 M. eingestellt werden sollen. Hoffentlich würden keine Abstriche gemacht werden. Strombau- und Kanalbau. Der für Heilbronn und für die Gleisanlagen der Reichsbahn große Vorteile bringen werde.

Krankenhausneubau. Das Karl-Olga-Krankenhaus, dessen Trägerin der Verein Diakonissenmutterhaus der Olga-Schwesteren und Karl-Olga-Krankenhaus ist, hatte bis

her 180 Krankenbetten. Trotz der wirtschaftlichen Notlage entschloß sich der Verwaltungsrat, einen auf 150 Betten berechneten Neubau der Inneren Abteilung auf einem Gebäude anschließend an das Mutterhaus zu erstellen. Der Zweck, den Kranken in diesem 80 Meter langen, 27 Meter hohen und 16 Meter breiten Neubau ein Höchstmaß von Sonne, Luft und Licht sowie alle erforderlichen Errungenschaften der Hygiene und der modernen Bauweise zu bieten, darf als erreicht bezeichnet werden. Der Plan stammt von Architekt Eitel. Das Bauwerk ist eines der schönsten Krankenhäuser Stuttgarts.

Ehlingen a. N., 17. März. (Amisübernahme.) Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen wird am 31. März sein hiesiges Amt übernehmen.

Böblingen, 17. März. (Flugzeugweiche.) Vor einem aniehnlichen Kreis geladener Gäste fand am Samstagabend auf dem Flughafen Böblingen vor der Flugzeughalle die Weihe eines neuen Sportflugzeuges der Kfzflieg-Stuttgart statt. Zur Rechten u. zur Linken waren die Schwestermaschinen D 1163 „Präsident“ und D 842 aufgestellt, die ebenfalls Eigentum der Kfzflieg sind. Das neue Flugzeug D 1805 ist ein Typ Klemm 2 B, eine nach Form und Konstruktion stabile Maschine, ausgerüstet mit einem starken Motor SH/13. Das neue Flugzeug erhielt den Namen „Gerda“ nach der Tochter des Präsidenten Käsim. Ministerialdirektor Staiger entbot die besten Wünsche für die Zukunft des Flugzeuges.

Böblingen, 17. März. (Der Storch ist da.) Der Storch hat auf dem Firt der Gewerbeschule sein Nest bezogen. Es muß nun doch bald Frühling werden.

Ludwigsburg, 17. März. (Todesfall.) Am Sonntag ist hier Fabrikant Max Fejerabend, der Schwiegervater des Ozeanfliegers Hauptmann a. D. Dr. h. c. Hermann Köhl, nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 57 Jahren dahingeshieden. Max Fejerabend stand jahrzehntelang mit an der Spitze der altbekannten Firma Kollenberg & Fejerabend u. G.

Stammheim N. Ludwigsburg, 17. März. (Pfarrei vermietet.) Seit Freitag nachmittag wird laut Erz- und Metterhote Pfarrer Ganler von hier vermietet. Fest steht, daß er an diesem Nachmittag mit dem Zug Juffenhaußen ab 18.12 Uhr nach Stuttgart abgefahren ist. Dort wurde er noch am Samstag mittag ziemlich verpfändt gesehen.

Jagthausen N. Reckartulm, 17. März. (Verkauftes Jagt.) Das arrendierte Jagt „Trautenhof“ bei Jagthausen, dem Baron Siegmund von Verlichingen gehörend, ist von dem leitherigen Gutspächter Josef Hauser käuflich erworben worden. Das Gut umfaßt ca. 300 württ. Morgen.

Unterhaußen N. Reutlingen, 17. März. (Eine Hundertjährige gestorben.) Frau Elisabeth Hartstein, Witwe des Straßengewerks Hartstein, die am 11. Februar unter reger Anteilnahme der ganzen Gemeinde ihren 100. Geburtstag feiern durfte, hat der Tod abberufen. Sie hat ihr Leben auf 100 Jahre und 31 Tage gebracht.

Göppingen, 17. März. (Tödlicher Sturz.) In der Nacht zum Sonntag ist ein Arbeiter beim Nachhausekommen so unglücklich die Haustreppe heruntergefallen, daß er einen Schädelbruch erlitt und nach kurzer Zeit starb. Es handelt sich bei dem Verunglückten um den 55jährigen Lederarbeiter Jakob Hommel.

Tübingen, 17. März. (Frühjahrsversammlung.) Der Schwäb. Albverein veranstaltete am Sonntag im Waldhorn unter Vorsitz von Professor Dr. Kägele seine Frühjahrsversammlung. Der Vorsitzende teilte in dem Jahresbericht für 1929 mit, daß manchen Verlusten in der Mitgliederzahl auch wieder Gewinne gegenüberstehen. Ein besonderes Ereignis war der Bau des Volksmarsbergturmes. Ein Vorbericht, die schwäbische Alb in schwäbische Schweiz anzutauschen, wurde selbstverständlich abgelehnt. Zurzeit zählt der Verein über 40 000 Mitglieder. Am 1. Juli wird die Schriftleitung der Blätter des Schwäb. Albvereins von Studentrat Dr. Haug-Pattenburg übernommen werden.

Ulm, 17. März. (Stahlhelmtagung.) Die Führertagung des Stahlhelms, die am Samstag und Sonntag hier stattfand, nahm einen ruhigen Verlauf. Am Samstag abend fanden Besprechungen mit Behörden, Industrie, Handel und Landwirtschaft statt. Abends nahm eine Ehrenkompagnie auf dem Bahnhofsplatz beim Russischen Hof Aufstellung und unter den Klängen des Präzidentenmarsches schritt der Bundesführer Franz Selbte die Kompagnie ab. Der Marsch der Frontsoldaten durch die Stadt bei klingendem Spiel rief viele Zuschauer auf die Straße. Abends war Gefallenener Ehrung und Zapfenstreich auf dem Münsterplatz. Sodann marschierte der Fackelzug zum Saalbau, wo ein großer deutscher Abend stattfand. Hier begrüßte Major Erbedding die erschienenen Kameraden. Bundesführer Franz Selbte hielt eine längere Rede, in der Stellung zu den heutigen Tagesfragen genommen wurde. Den Abschluß der Veranstaltung bildete der Film vom 10. Reichsfrontsoldatentag in München. Am Sonntag fand auf dem Münsterplatz ein Fahnenappell statt.

Ulm, 17. März. (Schwäb. Sängerbund.) Am Sonntag fand in Gerherten ein Gautag des Ulmer Sängergauges statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Gau zurzeit 54 Vereine mit 2463 Sängern und 5682 passiven Mitgliedern zählt. Interessante Mitteilungen machte der Vorsitzende bezüglich des 32. Allg. Liederkongresses des Schwäb. Sängerbundes in Ulm. Es beteiligten sich im ganzen offiziell 501 Vereine allein am Wettagung nahmen 258 Vereine mit 19 000 Sängern teil, gegenüber 139 bzw. 10 300 beim Sängerkongress in Ehlingen. An offiziellen Sängerkongressen wurden gefest 27 741 Stüd. Die Zahl der besuchenden Sänger ist mit rund 30 000 festgesetzt. Die Bilanz des Festes, die in finanzieller Hinsicht ein verhältnismäßig geringes Defizit ergibt, hat in ideeller und kultureller Beziehung sicher einen großen

Gewinn zu verzeichnen. So viel steht heute fest, daß Privatgarantien nicht in Anspruch genommen werden brauchen. Auch die Garantie der Stadt Ulm und des Sängerbundes wird nicht hoch in Anspruch genommen.

Obersdorf, 17. März. (Märzschnee.) Der März hat in den Allgäuer Bergen in wenigen Tagen mehr Schnee gebracht als beinahe der ganze Winter. Der späte Schneefall ist als natürlicher Wasserspeicher für spätere Monate immerhin von Wert. Beim Wiedereintritt milderer Witterung wird allerdings die Lawinengefahr besonders groß werden.

Wasserversorgung von Stuttgart und Landeswasserversorgung

Stuttgart, 16. März. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß am 14. d. M. land unter dem Vorsitz des Innenministers Staatspräsident Dr. Wolf eine Sitzung des Landesgesundheitsrats statt, in der über die notwendige Erweiterung der Wasserversorgung von Groß-Stuttgart und anderer an die Landeswasserversorgung angeschlossener Gemeinden verhandelt wurde. Beisitzerhatter waren Ministerialrat Dr. v. Scheutlen und der Vorstand des bayerischen Instituts in Tübingen, Professor Dr. Wolf. Am Schluß ihrer Ausführungen stellten die Beisitzerhatter folgenden Antrag: Der Landesgesundheitsrat hat von den Berichten des Ministerialrats Dr. v. Scheutlen und Professor Dr. Wolf über die notwendige Erweiterung der Wasserversorgung von Groß-Stuttgart und anderer an die Landeswasserversorgung angeschlossener Gemeinden Kenntnis genommen. Er spricht sich mit allem Nachdruck gegen die Heranziehung weiterer Oberflächenwasser aus dem Neckar aus; auch rät er dringen von der Ausführung des Schwarzwalddammprojektes mit Härsertalsperre ab. Er empfiehlt den Ausbau der Landeswasserversorgung und die Herstellung einer zweiten Leitung, an der die Stadt Stuttgart zur Erzielung einer einheitlichen einwandfreien Trinkwasserversorgung mit einem möglichst hohen Wasserdruck beteiligen sollte. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen.

Deutschnationaler Landesparteitag

Stuttgart, 17. März. Am Samstag und Sonntag hielt die Deutschnationale Volkspartei Württembergs ihren diesjährigen Landesparteitag im Hindenburgbau in Stuttgart ab. Als Gast galt am Samstag eine Tagung des Landes-Frauenauschusses statt. Abends fand im Konzertsaal der Liedhalle ein öffentliche Kundgebung für Nötrenden und das Saargebiet statt. Dabei wurde folgende Entschliessung angenommen: „Die versammelten deutschen Frauen und Männer geben der Erwarium Ausdruck, daß der deutsche Osten gegen polnische Uebergriffe geschützt wird, und daß unser geliebtes Ostpreußen die im drohen

den Gefahren handhaft überwindet. Das Saargebiet, das nunmehr beinahe zwölf Jahre unter der Fremdherrschaft steht, hat durch seine Treue und Liebe zum deutschen Vaterland und zum deutschen Volke für ganz Deutschland ein Beispiel vaterländischer Hinabung aneben. Wir sind stolz auf unsere Brüder und Schwestern an der Saar und erwarten, daß ihnen bald die Befreiungstunde schlägt. In unwandelbarer Treue reichen wir unseren deutschen Volksgenossen im Osten und im Saargebiet die Hand.“ Der Vertretertag der Partei fand am Sonntag statt. Der Landesvorsitzende, Reichsrat Hirtel-Stuttgart, widmete dem kürzlich verstorbenen Parteimitglied und großen Schöpfer des deutschen Flotte, Großadmiral von Tirpitz, warme Worte des Gedenkens. Dann zeichnete er ein Bild der Gegenwart und Zukunft, wie es sich durch die erfolgte Annahme der Doungagefesse gestalten wird. Aufgabe der Partei sei es, der großen Masse des Volkes zu der Erkenntnis zu verhelfen, daß eine Umkehr vom System des Jahres 1919 notwendig ist und darüber zu wachen, daß die deutsche Geschichte nicht gefälscht und die wahrhaft Verantwortlichen vor allem Volk gezeigt werden. So hat auch der Volksentscheid zu einer Klarstellung geführt. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: „Der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Württembergs dankt dem ausretreten willensstarken Führer Eugenberg für die bisher geleistete Arbeit an der äußeren und inneren Befreiung Deutschlands und verpflichtet ihm des letzten Vertrauens.“ Nach Erledigung des Geschäftsberichtes sprach Reichstagsabgeordneter Minister Dr. Bawille über die Arbeit im Reichstote. Er gab einen weitreichenden Ueberblick über unsere Außenpolitik und die Reichspolitik. Dann folgte ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Dr. Wilder über die Lage in Württemberg. Die vorgenommenen Neuwahlen innerhalb des Landesverbandes führten zur Wiederwahl von Reichsrat Hirtel als Landesvorsitzenden und von Rechtsanwalt Dr. Schott als dessen Stellvertreter.

Aus dem Gerichtssaal

Tübingen, 17. März. (Schöffengericht. — Jahrlässige Brandstiftung.) Am 1. November v. J. brannte in Wiltberg D. A. Ragold das von dem verh. Mechaniker Eugen Dengler und dem Holzhauer und Waldarbeiter Mangold bewohnte Doppelhaus bis auf den Grund nieder. Beide standen im Brandanschlag von 4000 bzw. 7000 Mark, das Haus des Dengler war mit 6000 Mark versichert, sein effektiver Schaden beträgt 4600 Mark. Dengler betreibt im Erdgeschoß eine Fahrradhandlung mit Werkstatt und war damals im Begriff, einen Laden einzubauen, weshalb er seine Werkstatt in den 1. Stock in Verbindung mit den Wohnräumen vorübergehend verlegte. Die einzige Beheizungsquelle dieses Raumes bildet ein kleiner alter Holzofen. In der Nähe desselben lagerte über ein Zentner Nitrogamm aufgestapelt, standen umher Gefäße mit Benzin, Motorenmaschinenöl, Fette etc., kurzum lauter leicht entzündbare Stoffe. Dengler hatte am Nachmittag eine Reparatur an einer Karbidlampe vorgenommen, die er eben ausprobierte, als ihm einfiel, bei seinem Nachbar, Schreiner Schneider, eine Beforgung wegen des beabsichtigten Kostens andern Tages zu machen. Er stellte die brennende Karbidlampe, die allerdings mit dem Scheinwerferglas bedeckt war, auf den Tisch und ging gegen halb 4 Uhr weg, auf dem Ofen lagte der Fleischtopf für das Abendessen, nach dem er noch zu sehen hatte, weil seine Frau etwas anderes außer dem Hause zu besorgen hatte. Der Raum war also unbeaufsichtigt. Nach etwa 20 Minuten sah man Rauch aus den Fenstern dringen, Feueralarm schrie ein und in größter Angst sprang D. nach Hause, um gleich den Wasserstrahl an den Fensterrahmen der Wasserleitung anzuschließen. Aber o weh — das Wasser war damals abgestellt. Bis dann die alsbald zur Stelle herangerückte Ortsfeuerwehr kam, war der größte Teil, eben durch die leicht entzündbar dort aufbewahrten Stoffe und bei Mangold durch das viele Heu und Stroh schon durchgebrannt und die Häuser nicht mehr zu retten. Hilfsbereit hatte sich als-

